



Liebe Kundin,
lieber Kunde,

folgend informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Rechte, die sich ab dem 25.05.2018 aus der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) ergeben.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils mit Ihnen vereinbarten Dienstleistungen aus folgenden Bereichen:

- Beratung von Jugendlichen und Heranwachsenden, die eine Straftat begangen haben und Unterstützung bei der Wiedergutmachung ihrer Tat
- Durchführung und/oder Einleitung erzieherischer Maßnahmen mit dem Ziel der Verfahrenseinstellung nach § 45 II JGG
- (Bei Bedarf) Vermittlung in weitere Einrichtungen der Jugendhilfe, Suchthilfe, Schuldnerberatung, Berufsberatung, etc.
- Einzel- und Gruppenberatung von Eltern, deren Kinder strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, im Rahmen des Diversionsverfahrens

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Stiftung SPI
Anette Berg, Direktorin
Müllerstraße 7, 13349 Berlin
+49.0.30 459793 0 fon
+49.0.30 459793 66 fax
info@stiftung-spi.de

1.1. Bei Fragen zur Projektdurchführung oder konkret zur Erhebung und Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten können Sie sich direkt an den Geschäftsbereich wenden:

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Konstanze Fritsch, Geschäftsbereichsleiterin
Frankfurter Allee 35 -37, 10247 Berlin
+49.0.30 493 001 10 fon
lebenslagen@stiftung-spi.de

1.2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

ER Secure GmbH
c/o Stiftung SPI, Müllerstraße 74, 13349 Berlin
datenschutz@stiftung-spi.de

2. Aus welchen Quellen stammen die Daten?

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung verarbeitet personenbezogene Daten, die sie im Rahmen der



Beratung und der Betreuung in den Einrichtungen des Geschäftsbereichs von den betroffenen Personen erhält.

In bestimmten Fällen erhält das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung die personenbezogenen Daten der Klienten von öffentlichen Einrichtungen. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung erhält personenbezogene Daten insbesondere von der Polizei Berlin sowie von der Staatsanwaltschaft Berlin.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

3.1 Aufgrund Ihrer Einwilligung

Verarbeitungsgrundlage: Art. 6 Abs. 1a) DSGVO

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (Unterstützung bei der Schaffung von Einstellungs Voraussetzungen nach § 45 II JGG oder Beratung und Vermittlung in weiterführende Einrichtungen) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

3.2 Zur Erfüllung von rechtlichen Pflichten

Verarbeitungsgrundlage: Art. 6 Absatz 1 Buchst. c) DSGVO

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI ist in den verschiedenen Aufgabenbereichen gesetzlich verpflichtet, bestimmte Daten zu erheben und, soweit ein Gesetz dies vorschreibt, diese Daten auch an Behörden weiterzuleiten. Beispielsweise sind Meldungen von ansteckenden Krankheiten (Infektionsschutzgesetz – IfSG) oder bei dem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung (Berliner Kinderschutzgesetz) gesetzlich vorgeschrieben.

Weiterhin sind die Mitarbeiter/innen des Berliner Büros für Diversionsberatung und -vermittlung gesetzlich verpflichtet, bei geplanten schweren Straftaten diese anzuzeigen.

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, die Betreuung und Beratung zu dokumentieren und auf der Basis der gesetzlichen Vorgaben an die jeweiligen Leistungsträger weiterzuleiten.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt.

3.3 Für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt

Verarbeitungsgrundlage: Art.6 Abs.1 Buchst. e) DSGVO

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI bietet Leistungen im öffentlichen Interesse für Bürger und Bürgerinnen der Stadt Berlin an. Das öffentliche Interesse leitet sich aus den Zuschüssen ab, die das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI von Behörden und Sozialkassen erhält.

3.4 Im Rahmen des eigenen berechtigten Interesses

Verarbeitungsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO



Die Erhebung von Nutzerdaten bei der Nutzung der Internetseiten der Stiftung SPI Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung erfolgt im eigenen berechtigten Interesse. Die konkreten Hinweise zu den Arten der Daten, die im Internet erhoben werden, sind in der Datenschutzerklärung der jeweiligen Internetseite erläutert.

3.5 Weitere Verarbeitungszwecke.

Die personenbezogenen Daten werden nicht für andere Zwecke verarbeitet.

4. Welche Daten sind erforderlich?

Die von dem Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI verarbeiteten personenbezogenen Daten sind für die Information und Aufnahmeentscheidung sowie für Betreuung und Beratung erforderlich.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten handelt es sich um Ihre persönlichen Daten (Name, Geburtsdatum, Adresse, Telefonnummer), wie sie zum Beispiel in der polizeilichen Strafanzeige dokumentiert sind, und um alle anderen Daten, die wir durch Sie im Rahmen der Betreuung und Beratung erhalten. Wird das Angebot des Berliner Büros für Diversionsberatung und -vermittlung von Personen in Anspruch genommen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, so werden auch die o. g. personenbezogenen Daten der Sorgeberechtigten verarbeitet.

5. Wer bekommt meine Daten?

5.1 Weiterleitungen an den Leistungsträger

Berichte und Verwendungsnachweise werden ohne personenbezogene Daten an den Leistungsträger weitergeleitet.

5.2 Weiterleitung im Rahmen von Kooperationen

Berichte über erfolgte erzieherische Maßnahmen werden an die Staatsanwaltschaft Berlin sowie die zuständige Jugendhilfe im Strafverfahren weitergeleitet.

Soweit das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung mit anderen Institutionen (Schule, andere Träger) in Kooperation tätig ist, werden personenbezogene Daten nur weitergeleitet bzw. ausgetauscht, wenn Sie ausdrücklich und schriftlich Ihr Einverständnis dafür gegeben haben.

5.3 Weiterleitung an andere Einrichtungen

Eine Weiterleitung Ihrer Daten findet nur statt, wenn es eine gesetzliche Vorschrift verlangt oder Sie uns ausdrücklich und schriftlich Ihr Einverständnis dafür gegeben haben. Dies erfolgt freiwillig in Form einer Erklärung zur Entbindung von der Schweigepflicht. Die Entbindung von der Schweigepflicht ist immer Anlass- und Personen- bzw. Institutionenbezogen, d.h. eine pauschale Entbindung von der Schweigepflicht gibt es nicht.

Im Rahmen von projektübergreifenden Fallbesprechungen werden personenbezogene Daten nur weitergegeben, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht.

Projektinterne Fallbesprechungen werden in der Regel pseudonymisiert durchgeführt. Das bedeutet, dass die Teilnehmer/innen der Fallbesprechung keine personenbezogenen Informationen erhalten.

5.4 Sonstige Weiterleitungen



Es werden von dem Berliner Büro für Diversionsberatung und –vermittlung der Stiftung SPI keine personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer der Beratung und Betreuung. Die personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der Beratung und Betreuung während der Aufbewahrungsfristen gesperrt und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten gelöscht.

Beratungsunterlagen werden nach 2 Jahren gelöscht beziehungsweise datenschutzgerecht entsorgt. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus den Sozialgesetzen, dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung der Stiftung SPI nutzt keine automatisierten Verarbeitungsprozesse einschließlich Profiling zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung (Artikel 22 DSGVO).

8. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde aus Art. 77 DSGVO.

Grundsätzlich besteht nach Artikel 21 DSGVO das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. Wir weisen darauf hin, dass eine Beratung und Betreuung ohne Erhebung der personenbezogenen Daten (anonyme Beratung und Betreuung) nur möglich ist, wenn dadurch die Finanzierung durch den Leistungsträger nicht in Frage gestellt ist.

Sollten Sie diese Rechte geltend machen wollen, wenden Sie sich bitte an unseren Datenschutzbeauftragten. Die Kontaktdaten sind oben angegeben.

9. Ihr Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

9.1 Bei grundsätzlichen Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie sich an die zuständige Datenschutzaufsicht wenden:



Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Friedrichstr. 219, 10969 Berlin
+49.0.30 138 89 0 fon
+49.0.30 215 50 50 fax
mailbox@datenschutz-berlin.de

9.2 In verwaltungsrechtlichen Fragen können Sie sich an die für die sozialen Einrichtungen zuständige Senatsverwaltung wenden:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin
+49.0.30 90227 5050 fon

10. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen unserer Beratung und Betreuung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Beratung und Betreuung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel die Beratung und Betreuung ablehnen müssen oder bei einem Widerspruch die bestehende Beratung und Betreuung nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

